

Motion Reto Nause (CVP) / Christian Wasserfallen (JF) / Ueli Stückelberger (GFL) vom 23. Juni 2005: Zur Verwirklichung von e-Government und bürgernaher Verwaltung in Bern; Fristverlängerung

Der Stadtrat hat die vorliegende Motion am 16. Februar 2006 erheblich erklärt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Behördenverkehr in der Stadt Bern auf die Erbringung umfassender e-Government-Dienstleistungen auszurichten. e-Government-Dienstleistungen sind bürgernah, kostengünstig und rund um die Uhr abrufbar.

Insbesondere muss das Angebot der Stadt folgende Dienstleistungen umfassen:

1. Einfache Bürger-Prozesse sind von A bis Z über das Internet-Portal der Stadt Bern abzuwickeln: Herunterladen und ausfüllen entsprechender Formulare, Bezahlung von Dienstleistungen via Internet, automatisierte Zustellung der gewünschten, rechtgültigen Dokumente.
2. Insbesondere gilt dies für: Die Bestellung von Parkkarten, Registrierung von Geburten und Hochzeiten, Niederlassungsausweise, Ehefähigkeitsausweise, elektronische Meldung von Fundgegenständen, Erstattung einer Anzeige usw.
3. Bestehende Software-Lösungen in anderen Gemeinden und Städten (z.B. Jona, Baden) sind – allenfalls adaptiert auf die Bedürfnisse Berns – zu implementieren. Auf kostspielige Eigenentwicklungen kann verzichtet werden.

Es wird heute unterschieden zwischen vier Stufen im Bereich des e-Government:

- Auf einer ersten Stufe bieten Internet-Portale der öffentlichen Hand Informationen zum Herunterladen an.
- Auf der zweiten Stufe können amtliche Formulare herunter geladen werden.
- Auf der dritten Stufe können Formulare und Aufträge vollständig elektronisch abgewickelt werden.
- Auf der vierten Stufe schliesslich kann der gesamte Prozess inklusive eines Entscheids und der Abgeltung von Gebühren über das Portal der öffentlichen Hand erfolgen.

Die Stadt Bern bewegt sich heute mit ihrem Angebot noch weitgehend auf der ersten Stufe. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion aufgefordert, das städtische Angebot umfassend und schnell auf das vierte Niveau anzuheben.

Bern, 23. Juni 2005

Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL), Daniel Lerch, Daniel Kast, Christoph Müller, Hans Peter Aeberhard, Stephan Hügli-Schaad, Conradin Conzetti, Ueli Haudenschild, Jacqueline Gafner Wasem, Sibylle Burger-Bono, Dana Dolores, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Barbara Streit-Stettler, Gabriela Bader, Eric Mozsa, Peter Künzler

Bericht des Gemeinderats

Der Auf- und Ausbau elektronischer Dienstleistungen von staatlichen Institutionen an die Bevölkerung ist in einer ständigen Entwicklung begriffen. Eine im Oktober 2009 veröffentlichte, breit angelegte Untersuchung von gfs.bern hat festgestellt, dass das E-Government-Angebot der Kantone und grösseren Städte in der Schweiz besser wird und systematisch, aber nicht dramatisch ausgebaut wird. Es zeigt sich, dass die Entwicklung stetig vorangetrieben wird, dass der öffentlichen Hand jedoch oft die Mittel fehlen, um grosse Fortschritte erzielen oder umfassende, integrierte Lösungen in raschem Tempo umsetzen zu können. Diese Befunde dürften im Wesentlichen auch auf die Stadt Bern zutreffen. Die Studie von gfs.bern konstatiert zwei weitere Herausforderungen, die bis zu einer vollständigen Realisierung der „elektronischen Verwaltung“ zu bewältigen sind: Einerseits bestehen im Hinblick auf die Datensicherheit nach wie vor gewisse emotionale und technische Bedenken. Andererseits stellt die Integration der verschiedenen staatlichen Ebenen insbesondere im kleinkammerigen, sehr föderalistisch geprägten Schweizer Staatsaufbau eine besondere Hürde dar.

Gemäss einer Studie der seven49.net GmbH (Zug) vom August 2009 rangiert der Internetauftritt der Stadt Bern im internationalen Vergleich (Deutschland, Österreich, Schweiz) im Mittelfeld. Besser als Bern werden insbesondere die Auftritte von Bonn, Wien, Zürich, Winterthur, Stuttgart und Hamburg qualifiziert. Leicht vor Bern rangieren auch St. Gallen, Köniz und Basel. Andererseits steht Bern - teilweise deutlich - besser da als etwa Berlin, Thun, Luzern, München, Leipzig, Dortmund, Innsbruck, Lugano, Sion, Lausanne, Neuenburg, Chur, Freiburg oder Biel.

Der Gemeinderat ist wie der Stadtrat der Meinung, dass die Möglichkeiten für den elektronischen Verkehr zwischen Stadt und Bevölkerung weiter ausgebaut werden müssen. Er hat deshalb im Jahr 2009 bei der Stadtkanzlei eine Stelle geschaffen, welche sich vornehmlich mit der gesamtstädtischen Koordination von E-Government beschäftigt (einschliesslich des Aufbaus einer elektronischen Geschäftsverwaltung, welche eine Voraussetzung für fortgeschrittene Online-Dienstleistungen darstellt). Das städtische Polizeiinspektorat, welches bereits heute eine Vielzahl von elektronischen Dienstleistungen anbietet, erarbeitet zurzeit ein Konzept zur Systematisierung und zum weiteren Ausbau der Angebote. Es ist geplant, im Jahr 2010 auch eine gesamtstädtische, übergreifende E-Government-Strategie in Angriff zu nehmen. Alle diese Arbeiten sowie deren Umsetzung erfordern jedoch zeitliche und finanzielle Ressourcen, welche in der Stadtverwaltung nur teilweise zur Verfügung stehen.

Die Richtlinien-Motion verlangt, dass die Stadt ihr Angebot an elektronischen Dienstleistungen für die Bevölkerung „umfassend und schnell“ auf ein Niveau anhebt, welches auch die Abwicklung integrierter Prozesse zulässt. Der weitere Ausbau von E-Government, der auch dazu führen wird, dass künftig vermehrt ganze Transaktionen elektronisch durchgeführt werden können, stellt eine ständige Herausforderung für die Verwaltung dar. Er wird jedoch noch längere Zeit in Anspruch nehmen, bis er als konsolidiert bezeichnet werden kann. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Frist zur Berichterstattung bis 31. Dezember 2011 zu verlängern.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Nause (CVP)/Wasserfallen (JF)/Stückelberger (GFL) vom 23. Juni 2005: Zur Verwirklichung von E-Government und bürgernaher Verwaltung in Bern; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Berichterstattung bis 31. Dezember 2011 zu.

Bern, 9. Dezember 2009

Der Gemeinderat